

der Obmann Bolenn einem Mitglied der Opposition das Versprechen dazu abgab. Dadurch gelang es den Amsterdamern, die Mehrheit auf dem Kongreß zu erringen.

Es handelt sich jetzt für uns darum, einen neuen Typ der Gewerkschaftsorganisation einzuführen nach dem Muster der One Big Union, einen Verband für sämtliche Berufe. Die Verhältnisse sind bei uns soweit gediehen, daß wir die Bewegung nicht mehr lokalisieren können. Wenn wir unseren Arbeitern zumuten, länger in den reformistischen Gewerkschaften zu bleiben, so wird es ein großes Mißtrauen gegen uns erzeugen.

KUCHER (Amerika): Die unabhängigen Gewerkschaften Amerikas umfassen schon jetzt 400 000 Mitglieder. Man sagt, daß wir uns an die Losung: An die Massen! halten sollen und die Massen sollen angeblich in der Federation of Labour erfaßt sein. Das trifft aber nicht zu. In Amerika haben wir 36 Millionen Arbeiter, die Federation erfaßt nur 4 Millionen. Unter der Losung: An die Massen, kann man also nur die unorganisierten Arbeiter verstehen. 42 Millionen unorganisierte Arbeiter, — das wäre ein sehr dankbares Wirkungsfeld für die Kommunisten, und die unabhängigen Gewerkschaften könnten ausgezeichnete Dienste leisten. Man darf nicht aus dem Auge verlieren, daß die Partei noch klein ist und ein Mißverhältnis zwischen der Mitgliederzahl der Partei und der der Gewerkschaften besteht. Die Federation of Labour ist vollkommen unfähig; sie wird immer eine Organisation Gompers bleiben. Die Hauptaufgabe besteht in der Erfassung der unorganisierten Arbeiter, und deshalb bin ich gegen die Liquidierung der unabhängigen Gewerkschaften.

ROSMER (Frankreich): Die Situation in Frankreich können wir folgendermaßen darstellen: Gegenüber der K. P., die keinen Einfluß in den Gewerkschaften hat, existiert die C.G.T.U., die die Massen wirklich erfaßt und eine proletarische Politik führt. Die Partei akzeptiert die Thesen der K. I., und alles bleibt beim Alten; dagegen führt die C.G.T.U. alle kommunistischen Aktionen durch. Gewiß bestehen zwischen der Partei und der C.G.T.U. theoretische Differenzen. Aber wir müssen zugeben, daß die C.G.T.U. alle ökonomischen Kämpfe geführt hat, und die Partei hat sie in diesen Kämpfen bedingungslos unterstützt.

Es ist eine Übertreibung, wenn man sagt, daß die C.G.T.U. sich der Partei unterordnen soll. Richtig ist es umgekehrt, bisher hat sich die Partei der C.G.T.U. untergeordnet. Die Arbeit beginnt erst in Frankreich. Wir müssen dort erst eine wirkliche kommunistische Partei schaffen. Ich bitte den Gen. Tasca und die anderen, ihren Protest gegen den § 20 aufzugeben. Wir versichern Ihnen, daß wir in Frankreich die Thesen der K. I. über das Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften richtig anwenden werden.

ORCHAN (Türkei) spricht im Namen der Angora- und der Konstantinopeler Delegation der Türkischen Kommunistischen Partei. Er macht die Mitteilung, daß die Angoraregierung die Verfolgungen der Kommunisten fortsetzt. In den letzten Tagen sind 200 Kommunisten verhaftet worden unter der Anklage des Hochverrats; man beschuldigt sie, Spionage im Interesse Sowjetrußlands betrieben zu haben. Un-

geachtet dessen, daß die Angora-Regierung eine Regierung des Volksbetruges und der Reaktion ist, haben die Kommunisten die Regierung in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus im Sinne der Beschlüsse des 2. Kongresses unterstützt, weil der Imperialismus die größere Gefahr darstellt. Am Vorabend der Lausanner Konferenz will nun die Regierung die Sympathie der Weltbourgeoisie durch die Verfolgung der Kommunisten erobern.

Redner verliest einen *Protest gegen die barbarischen Verfolgungen der revolutionären Kämpfer in der Türkei*. Der Protest wird einstimmig angenommen.

ACHTZEHNTE SITZUNG

AM 21. NOVEMBER 1922. VORMITTAGS.

Vorsitz: Neurath.

Redner: Losowski, Bucharin, Sinowjew, Béron, Münzenberg.

LOSOWSKI (Schlußwort): Die Debatte, die sich nach meinem Referat entwickelt hat, zeigt mir, daß unsere Meinungsverschiedenheiten sich nur auf die Form und die Methoden der Arbeit in den Gewerkschaften erstrecken. Dem Gen. Heckert möchte ich sagen: die K.P.D. hat nicht immer gegenüber der Union der Kopf- und Handarbeiter eine gute Taktik verfolgt. Die Union ist doch eine mächtige Organisation, die über 100 000 Bergarbeiter im Ruhrbecken erfaßt. Diese Arbeiter sind nicht alle Kommunisten, aber sie sind willens zu kämpfen. In den Reihen der Union herrscht eine theoretische Konfusion und die 29 000 Kommunisten, die Mitglieder der Union sind, führen auch eine ziemlich konfuse theoretische Linie.

Was die Frage der Organisierung der Landarbeiter anbelangt, so meint Gen. Heckert, daß die Organisierung der Landarbeiter die Spaltung in der Gewerkschaft hervorgerufen hätte. Aber ich meine, daß wir 200 000—300 000 Landarbeiter nicht ohne Organisation lassen dürfen. Das Unglück in Frankreich ist, daß die Partei sich nicht stark genug fühlt, um ihre Linie in der Gewerkschaft durchzuführen. Es ist eine Tatsache, daß die 2000 Anarchisten mehr Einfluß in den Gewerkschaften haben, als die 100 000 Kommunisten, weil sie besser organisiert sind und solidarischer wirken, während die Kommunisten zersplittert in der Aktion sind. Es ist sogar zu einem Pakt zwischen den Anarcho-Syndikalisten und einem Teil der Kommunisten gekommen und die Zentrale hat nichts dagegen getan. (Cachin: Damit hat sich ein eigenes Komitee befaßt, an dessen Spitze ein Linker stand.) Wenn dem so ist, dann trifft die Zentrale jedenfalls der Vorwurf, daß sie nicht eingegriffen hat.

Was ist unser Ziel in den Gewerkschaften? Wir wollen die Gewerkschaften kommunistisch machen. Das können wir erreichen, wenn wir den Kommunismus unter den Arbeitern propagieren. In Frankreich

bildet sich die Partei auf zwei Wegen: einesteils in den Gewerkschaften, andernteils außerhalb der Gewerkschaften, das ist die eigentliche K.P. Die Linien dieser beiden Elemente sind aber nicht parallel, sie laufen konvergierend und müssen sich schließlich schneiden. Solange das nicht geschehen ist, müssen wir eine Politik verfolgen, daß die Kristallisation der K.P. parallel geht mit der Kristallisation der kommunistischen Elemente in den Gewerkschaften. Das bezweckt der § 20, der eben ausspricht, was ist und den Weg zur Besserung zeigt.

Freilich meine ich nicht, daß wir unbedingt die Spaltung propagieren müssen. Wir müssen uns nach den Verhältnissen in den einzelnen Ländern richten. In Italien haben wir die Mehrheit gegen uns. Unsere Genossen schlagen dort Resolutionen vor, in denen sie sich mit der Roten Gewerkschaftsinternationale solidarisch erklären. In anderen Ländern sind wir manchmal zu schüchtern aufgetreten. In Norwegen haben wir z. B. 80 % der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder auf unserer Seite und nur 20 % gegen uns. Diese 20 % drohen uns mit der Spaltung, wenn sie die Gewerkschaften der Profintern anschließen. Es ist vollkommen falsch, wenn unsere norwegischen Genossen sich dadurch terrorisieren lassen.

In den internationalen Verbänden wollen wir auch die Spaltung womöglich vermeiden. Im Gegenteil, wir streben immer danach, unsere roten Verbände in die internationalen Gewerkschaftsverbände hineinzubringen. Unsere russischen und bulgarischen Verbände haben diese Taktik eingeschlagen, sind aber von den Reformisten stets abgewiesen worden.

Was die *Betriebsräte* betrifft, kann man jetzt noch keine allgemeine Taktik aufstellen. Die Betriebsrätebewegung in Deutschland ist rein politisch. In anderen Ländern wird sie vielleicht anders sein.

In der Tschechoslowakei haben unsere Genossen eine falsche Taktik eingeschlagen. Dort war die Entwicklung dieselbe wie in Frankreich. Wir wurden immer stärker in den Gewerkschaften, bis wir ausgeschlossen wurden. Wir hätten auf dem letzten Gewerkschaftskongreß die Mehrheit erobern können, aber die tschechischen Kommunisten waren nicht diszipliniert. Gen. Bolenn, der hier sitzt, erklärte, daß sein Verband den Reformisten keine Beiträge mehr zahlen wolle, so daß sein Verband zu dem Gewerkschaftskongreß nicht zugelassen wurde. Die 70 000 Mitglieder des Landarbeiterverbandes hätten den Ausschlag gegeben und uns die Mehrheit auf dem Kongreß gesichert. Jetzt propagieren unsere Genossen in der Tschechoslowakei die Idee des Einheitsverbandes, trotzdem die Moskauer Exekutive der Profintern sie vor diesem Unternehmen als verfrüht gewarnt hat.

Die K. I. ist jetzt schon eine große Macht, und wenn wir in manchen Ländern scharf vorgehen, so geschieht es deshalb, weil wir unsere Taktik sobald als möglich international gestalten wollen. Wir wollen, daß der kommunistische Einfluß in allen Gewerkschaften der Welt immer stärker wird. Der internationale Gedanke muß über die verschiedenen internationalen Traditionen siegen. Durch gegenseitige Kritik, kollektive Arbeit und kollektive Verbesserung unserer Tätigkeit werden wir der K.I. die Möglichkeit geben, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. (Beifall.)

Zur endgültigen Redigierung der Gewerkschaftsthesen wird eine Kommission gewählt. Der Kongreß geht zum Punkt der Tagesordnung „Das Programm der K.I. und ihrer einzelnen Parteien“ über.

Bucharin verliest im Namen der russischen Delegation folgende

ERKLÄRUNG:

Angesichts dessen, daß der Streit darüber, welche Formulierung den Übergangsforderungen gegeben werden soll und in welchem Teile des Programms sie untergebracht werden sollen, vollkommen unrichtig den Anschein eines prinzipiellen Gegensatzes erweckt hat, bestätigt die russische Delegation einstimmig, daß die Aufstellung der Übergangsforderungen in den Programmen der nationalen Sektionen und ihre allgemeine Formulierung und theoretische Begründung in dem allgemeinen Teil des Programms nicht als Opportunismus aufgefaßt werden können.

Vertretung der russischen Delegation:

Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radek, Bucharin.

SINOWJEW: unterbreitet den Vorschlag des Präsidiums des 4. Kongresses zur Programmfrage: 1. Alle Programmwürfe werden der Exekutive der K.I. oder einer von ihr bestimmten Kommission überwiesen; 2. die nationalen Sektionen, die noch keine Programme haben, sind verpflichtet, sofort an ihre Ausarbeitung zu gehen; 3. in den Programmen der nationalen Sektionen muß die Notwendigkeit des Kampfes für die Übergangsforderungen klar und entschieden begründet werden; 4. die theoretische Grundlage für alle Übergangs- und Teilforderungen muß bestimmt gegeben werden im allgemeinen Programm; 5. im allgemeinen Programm müssen die grundlegenden historischen Typen der Übergangsforderungen der nationalen Sektionen klar ausgedrückt werden.

Nach einer Pause von 20 Minuten werden die Verhandlungen zum Programm wieder aufgenommen.

BERON verliest die Erklärung der italienischen Partei, daß sie für eine Vertagung der Programmfrage stimme, es jedoch vorgezogen hätte, wenn das Programm der K.I. auf diesem Kongreß erörtert und angenommen worden wäre.

Der Kongreß schreitet zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

DIE ARBEITERHILFE.

MÜNZENBERG erstattet Bericht über die durchgeführte Hungerhilfsaktion und über die aktuellen Fragen der Wirtschaftshilfe.

Durch die letzte Hungerkatastrophe, von der etwa 40 Millionen Menschen unmittelbar bedroht waren, sind etwa 3 Millionen Menschen infolge Hungers gestorben. Wenn die Katastrophe für heute als bezwungen gelten kann, so müssen wir feststellen, daß dies nicht durch die ausländische Hungerhilfe geschehen ist, sondern nur durch die Kraft Sowjetrußlands selbst. Die gesamten bürgerlichen Hilfsaktionen haben nur den sechsten Teil dessen geleistet, was Rußland für die

Hungernden getan hat. Die Hungerkatastrophe hat die Solidarität der Arbeiter der ganzen Welt in einem Maße ausgelöst, wie sie bisher noch niemals vorgekommen ist. Die Hungershilfsaktion umfaßt sämtliche Länder Europas und darüber hinaus Amerika, Afrika, wie überhaupt alle Länder der Welt, wo eine Agitation für die Hungernden entfaltet werden konnte.

Es steht fest, daß fast sämtliche kommunistischen Parteien und Gruppen sich in weitgehendstem Maße dieser Hungerhilfe angeschlossen haben. Aber es gab Genossen, wie z. B. in Deutschland, die in der Aktion lediglich eine philanthropische Almosentätigkeit erblickten. Das Schwergewicht der Aktion liegt aber vielmehr auf der politischen Seite. Eine Aufgabe dabei war ferner die Auseinandersetzung mit der 2. und 2½. Internationale und den sie begleitenden Gesellschaften. Diese sahen sich gezwungen, offiziell für die Hungernden einzutreten. Aber nach und nach gingen sie ganz offen dazu über, die Hungersnot ganz brutal gegen Sowjetrußland auszunutzen. Hierbei ist das Wort des deutschen Sozialdemokraten Wels nicht zu vergessen, der von dem „Rückweg über den Kanibalismus zum Kapitalismus“ sprach. Auf diesen Ton waren monatelang die Blätter der Sozialdemokratie aller Westländer gestimmt.

Die bürgerlichen Hungershilfsaktionen haben bei ihrer Arbeit keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um für sich Propaganda zu treiben und gleichzeitig Propaganda gegen Sowjetrußland zu entfalten.

Die K.I. versuchte ursprünglich in der Frage der Hungershilfsaktion eine Einheitsfront zustandezubringen. Der einzige Erfolg waren zwei Konferenzen mit Vertretern der 2. und 2½. Internationale in Berlin. Zu positiven Beschlüssen ist es hierbei im internationalen Maßstabe nicht gekommen. Nachdem sich der Plan dieser Einheitsfront aber als möglich erwiesen hatte, hat die K.I. versucht, selbständig möglichst breite Massen für die Hungershilfsaktion zu gewinnen, was ihr auch zu einem großen Teil gelungen ist. Die materiellen Resultate waren unerwartet gut. Wenn man die Schwäche der Arbeiterschaft infolge Arbeitslosigkeit und Teuerung berücksichtigt, so ist die Gesamtsumme von 2½ Millionen Dollar sehr hoch zu nennen. Die Amsterdamer, die insgesamt für die Hungernden 1 400 000 Gulden aufbrachten, müssen an dem Erfolg unseres kleinen Komitees in Holland ersehen, daß allein in Holland eine halbe Million holländischer Gulden durch uns aufgebracht werden konnte, d. h. etwa ein Drittel dessen, was die Amsterdamer insgesamt geleistet hat.

Was die Hilfsaktion der K.I. von allen Aktionen bürgerlicher und philanthropischer Gesellschaften von vornherein unterschied, war die Tatsache, daß wir von Anfang an die Hungerhilfe mit dem Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens zu verbinden suchten.

Die Wirtschaftshilfe fing schon im Herbst 1919 und im Frühling 1920 an, als amerikanische, schwedische, norwegische und deutsche Arbeitergruppen nach Rußland auswanderten und dort mit viel Idealismus und wenig Geschick versuchten, die russische Wirtschaft aufzubauen. In Deutschland hat eine ganze Anzahl von Betrieben Maschinen gestiftet. In Italien gedenken die Genossenschaften, 100 000 Hektar Land zu bearbeiten; in der Tschechoslowakei bilden

sich Vereine und Gruppen, die mit Werkzeugen und ein wenig Kapital nach Rußland auswandern wollen. In Amerika haben wir das Komitee der Freunde Sowjetrußlands, das heute schon wirtschaftliche Hilfe leistet.

Ich glaube, es ist Pflicht der K.I., zu diesen Erscheinungen Stellung zu nehmen. Als Kommunisten haben wir keine Ursache, die großen Wirtschaftskrisen in den bürgerlichen Ländern durch eine Massenabwanderung der Arbeitslosen nach Sowjetrußland zu mildern. Ganz anders ist es, wenn für bestimmte Fabriken besonders ausgebildete Spezialarbeiter gesucht werden, die in Rußland nicht zu finden sind.

Es gibt Genossen, die in der Wirtschaftshilfe Gefahr opportunistischer Kleinbürgerei sehen und wirtschaftliche Experimente befürchten. Aber das ist noch lange kein Argument, um diese Taktik nicht durchzuführen, wenn sie möglichst nützlich und wertvoll ist.

Die Frage, die wir hier auf dem Kongreß stellen, ist nur die: hat das Weltproletariat, hat die K.I. nur den politischen Kampf, um heute Sowjetrußland zu unterstützen und seinen Wiederaufbau zu fördern? Hat das Weltproletariat nur seine politische Macht, um Sowjetrußland zu unterstützen? Ich sage: Nein. Es hat noch ein Minimum von wirtschaftlicher Kraft und diese soll durch diese wirtschaftliche Hilfsaktion mobilisiert und zugunsten Sowjetrußlands in die Wagschale geworfen werden.

Darüber besteht kein Zweifel, daß die Sammlungen, wie sie bisher geführt wurden, absolut abgebrochen werden müssen. Es werden andere Mittel nötig sein, um das Minimum der finanziellen Kraft für Sowjetrußland zu mobilisieren.

Ein Einwand gegen die Aktion ist, daß sie die beste Genossen wegnehme. Das ist nicht wahr. In Parteien, wie z. B. in der K.P.D. mit ihren 200 000 Mitgliedern, sind nicht lauter politisch aktive Leute. Man sagt ferner: der politische Charakter der Partei wird getrübt werden. Aber gerade die wirtschaftliche Hilfsaktion gibt 100 Anknüpfungspunkte für politische Tätigkeit. Zum Schluß das Hauptargument: Was kommt dabei heraus? In der Hungershilfskampagne hat das Proletariat direkt oder indirekt 5 Millionen Dollar aufgebracht; das sind 10 Millionen Goldrubel. Genossen, erinnern Sie sich, daß Gen. Lenin sagte, der größte Erfolg der letztjährigen Wirtschaftspolitik besteht darin, daß wir 20 Millionen Goldrubel erspart haben für den Wiederaufbau der Schwerindustrie. Die Arbeiterhilfe besitzt heute schon in Sowjetrußland eine Anzahl von Unternehmen: Fischereien, Bücher-, Schuhfabriken usw. Es hat Zeiten gegeben, wo 30 000 Arbeiter bei der Arbeiterhilfe tätig waren. Wir haben jetzt 1 Million-Dollar-Anleihe ausgegeben, um dadurch neues Geld für unsere Unternehmungen in Rußland zu gewinnen. Nicht nur Arbeiterkreise, nicht nur Kommunisten, sondern weite bürgerliche Kreise zeichnen diese Anleihe. Die Deutsche Bank in Berlin und die Brüsseler Staatsbank haben ebenfalls Obligationen der Arbeiterhilfe gezeichnet.

Aber die rein materielle Seite dieser Anleihe spielt eine sekundäre Rolle. Die Hauptbedeutung der Wirtschaftshilfe liegt darin, daß wir dauernd die Möglichkeit haben, die breitesten, primitivdenkenden Massen für kommunistische Propaganda zugänglich zu machen. Diese

Aktion wird jedenfalls übermorgen, wenn Deutschland oder Frankreich die Revolution macht, überflüssig und dumm sein, aber, bei der jetzigen weltpolitischen Lage und den Verhältnissen Rußlands kann die wirtschaftliche Hilfsaktion eine nützliche Ergänzungsaktion zur politischen Aktion sein und die beste Hilfe für Sowjetrußland bedeuten. (Lebhafter Beifall.)

NEUNZEHNTE SITZUNG

AM 24. NOVEMBER 1922, VORMITTAGS.

Vorsitz: Carr.

Redner: van Ravesteyn, Roy, Katayama, Tahar, Boudengha, Béron.

Das Präsidium schlägt vor, zum Bericht des Gen. Münzenberg eine Kommission einzusetzen zur Abfassung der Resolution über die Hungerhilfe. Darauf geht der Kongreß zum nächsten Punkt der Tagesordnung über:

DIE ORIENTFRAGE.

Auf Vorschlag des Präsidiums soll die Redezeit der Referenten *Ravesteyn* und *Roy* auf je $\frac{3}{4}$ und die der Genossen *Katayama* und *Boudengha* auf je $\frac{1}{2}$ Stunde beschränkt werden. Nach einer kurzen Diskussion wird dieser Vorschlag angenommen.

VAN RAVESTEYN (Holland): Es gibt vielleicht kein treffenderes Beispiel als die orientalische Frage zur Demonstration der kulturvernichtenden und vernichtenden Wirkungen des Imperialismus überhaupt. Die orientalische Frage ist seit einem Jahrhundert die Frage nach der Zukunft des ehemaligen türkischen Reiches; zu gleicher Zeit ist sie die Frage, in welche Lage die Länder und Völker kommen würden, die den Übergang von Südeuropa nach Asien bilden.

Vor einem Jahrhundert, am Anfang des 19. Jahrhunderts, konnte Napoleon noch mit einem gewissen Rechte die Behauptung aufstellen: Wer Konstantinopel beherrscht, beherrscht auch die Welt. In diesem Weltringen hatte England gesiegt. Eine neue Phase fängt mit dem Jahre 1822, mit dem Aufstand der damaligen griechischen Bevölkerung in der Umgebung des Ägäischen Meeres an. Vom Jahre 1840 ab wird die orientalische Frage vor allem auch eine russische. In der russischen Forderung der freien Durchfahrt durch die Meerengen lag, welt-historisch betrachtet, der Konflikt mit dem Britischen Reiche. Der Konflikt kam im 19. Jahrhundert nach dem Krimkriege nicht mehr zum Ausdruck. Sobald aber der deutsche Machtfaktor in diesem gewaltigen Kräftespiel verschwunden war, mußte der russisch-britische Gegensatz wieder in voller Kraft hervortreten. Und jetzt ist das russische Interesse, das Interesse an der wirklichen Freiheit der Meerengen geworden. Und dieses Interesse des proletarischen Rußland fällt zusammen mit den Interessen des Proletariats der westlichen Länder. Unsere unvergleichliche Vorkämpferin und Theoretikerin Rosa Luxemburg hat in ihrem größten und besten theoretischen Werke den Beweis geliefert, daß

der Prozeß der Akkumulation des Kapitals nicht stattfinden kann, ohne eine nichtkapitalistische Umgebung, auf die er destruktiv wirkt. Die Geschichte des ganzen Ottomanischen Reiches ist eines der klarsten historischen Beispiele dafür.

Die Folgen des Zusammenbruches des Ottomanischen Reiches sind ferner nur zu begreifen, wenn man die ethnographischen und historischen Umstände der Balkanhalbinsel berücksichtigt. Es ist nicht zufällig, daß, sowohl im Altertum wie in der neuen Geschichte, der Balkan mit Anatolien politisch ein Ganzes darstellte. Ein anderer Faktor war die orthodoxe Kirche. Das Kreuz ist im Orient so sehr bloß ein Symbol des Krieges geworden, daß es schwierig wird, über das othodoxe Christentum anders als in negativen Formen zu sprechen.

Die Aera der imperialistischen Kriege wird für das Ottomanische Reich definitiv durch das italienisch-tripolitanische Abenteuer im Jahre 1911 eröffnet. Dem türkisch-italienischen Krieg folgte der sogenannte Krieg der Bundesgenossen, der eigentliche Balkankrieg als unmittelbare Folge. Dieser Krieg hat die Gegensätze verschärft, den Nationalismus zu einem wahren Paroxysmus gesteigert und alle Völker des Balkans dem Imperialismus und der hohen Finanz noch mehr untergeordnet. Das galt in gleichem Maße für die asiatische Türkei, wie für den europäischen Teil des Ottomanischen Reiches. Die Dette Ottomane hat sich zu einem völlig unabhängigen Staatswesen im türkischen Staatskörper entwickelt. Es braucht wohl kaum wiederholt zu werden, daß, solange die Türkei sich dieser Schuldklaverei nicht entzieht, wie Rußland es getan hat, sie sich nicht wirklich vom Joch des europäischen Imperialismus befreien kann. Jetzt, 8 Jahre nach Beginn des Weltbrandes, ist die Lage potenziell nicht anders als im Jahre 1913. Wiederum hat das Kriegselos gesprochen. Die Türken, die nach dem Worte des englischen Premiers Asquith für ewig aus dem Paradiese verbannt werden sollten, sind wieder zurück. Griechenland ist durch den neuen Krieg gegen die Türken, den seine Bourgeoisie ihm aufgezwungen, jetzt zum zweitenmal an den Abgrund gebracht. Die Balkankriege versetzten Griechenland in eine Lage, die in vieler Hinsicht trauriger war, als die Anfangsjahre des 19. Jahrhunderts. Wie dem türkischen, so kann auch dem griechischen Volke nur eins helfen: eine gewaltige Erhebung gegen die Imperialisten des Westens und ihre Helfershelfer im Lande selbst. Die Lage des Königreichs der Serben, das sich ironischerweise „Königreich der Serben, Horwaten und Kroaten“ nennt, ist um kein Haar besser als die Griechenlands. 1911 war es der italienische Imperialismus, der in seiner Jugendblüte den ersten Angriff tat. Mittlerweile hat sich aus den Ruinen des vorkriegerischen Imperialismus drohend und gewappnet eine neue Macht erhoben: der Fascismus; und Herr Mussolini sagte bereits: Haben wir einmal Italien, so fängt die Expansion an.

Das Wiederaufstehen der Türkei mußte wohl einem Wunder gleichen in den Augen Westeuropas. Was die anatolischen Bauern auf militärischem Gebiete in diesen 11 Jahren zustandegebracht haben, ist unglaublich. Tief ist der Eindruck, den die türkischen Siege auf weitblickende Beobachter gemacht haben. Größer noch ist der Wiederhall im ganzen Islam. Wenn es nicht schwer fällt für die beschwich-